

Mehr Mut zu Recht und Freiheit

Positionspapier des Liberalen Aufbruchs in der FDP

in der Debatte um ein neues FDP-Grundsatzprogramm

Liberaler // Aufbruch

Stand: 5. April 2012

„Das angeborne Recht des Menschen ist nur ein einziges: Freiheit (Unabhängigkeit von eines anderen nötiger Willkür), sofern sie mit jedes anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetz zusammen bestehen kann, ist dieses einzige, ursprüngliche, jedem Menschen kraft seiner Menschheit zustehende Recht.“

„Das Recht ist also der Inbegriff der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des anderen nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden kann.“

IMMANUEL KANT

Mehr Mut zu Recht und Freiheit

Die Herausforderung

In einem Land, das trotz schlimmster Erfahrungen mehr auf den Staat als auf den Einzelnen vertraut; in einem Land, das Angst vor öffentlichem Disput, vor Streit um die richtige Lösung hat, aber den Staat ersatzreligiös vergöttert; in einem Land, in dem der Einzelne und die Familien vom Staat in allen Bereichen bevormundet werden und in dem diese Entmündigungen ideologisch als kollektive Selbstbefreiungsprozesse gefeiert werden; in einem Land, in dem die Hälfte des Volkseinkommens über staatliche Kanäle fließt, ist eine Partei von größter Wichtigkeit, die staatliche Macht begrenzt und die das Recht und die Freiheit des Einzelnen konsequent verteidigt.

Fast alle gesellschaftlichen Bereiche sind heute dadurch geprägt, dass der alte liberale Begriff Zivilgesellschaft in sein genaues Gegenteil verkehrt worden ist. Politisches Ziel dieser Begriffsumwertung war die von Wolfgang Abendroth in den 1950er Jahren geforderte „Transformation des liberalen Rechtsstaats in den Sozialstaat“, an der wir heute alle leiden und der sich die heutige FDP konsequent entgegenstellen muss.

In der liberalen Tradition von Adam Ferguson, Adam Smith, Immanuel Kant, Alexis de Tocqueville, Lord Acton, Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek und anderen wird die individuelle Freiheit jedes Menschen durch Institutionen wie Privateigentum, Vertragsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit und Gewerbefreiheit, aber auch durch die Autonomie der Familie sowie Religions- und Gewissensfreiheit vor der Herrschaft durch andere Menschen geschützt.

In unserer heutigen sozialdemokratischen Scheinmoderne, die letztlich eine paternalistische Vormoderne ist, denunziert man diese Institutionen jedoch als nicht legitimierte Herrschaftsformen der kapitalistischen, bürgerlichen Gesellschaft, die auf elaborierte und subtile Art und Weise kommunikativ verflüssigt werden müssen. Die Essenz dieser Angriffe auf die eigentliche liberale Zivil- und Privatrechtsgesellschaft lautet jedoch in Kurzform: Eigentum ist Diebstahl, Familie ist ein Unterdrückungsapparat und Religion ist Opium fürs Volk.

Das Kollektiv mit heutigem Decknamen Zivilgesellschaft weist den einzelnen Individuen nicht nur Freiräume und Eigentumsrechte zu. Das Kollektivsubjekt entscheidet nach öffentlicher Beratschlagung im angeblichen herrschaftsfreien Diskurs sogar über die künftige Entwicklung aller Individuen einer Gesellschaft, was dann als die Umsetzung emanzipatorischer gesellschaftlicher Projekte und als kollektiver Selbstbefreiungsprozess gefeiert wird. Unter der Tarnkappe "Demokratisierung aller Lebensbereiche" werden so die institutionellen Grundsäulen einer freien und offenen Gesellschaft angegriffen.

Auf diese Weise wird der Staat, der als „Vereinigung von Menschen unter Rechtsgesetzen“ (Kant) eigentlich die Aufgabe hat, die Bedingungen zu schützen, unter denen die Willkür des einen Individuums mit der Willkür des anderen Individuums nach einem allgemeinen Gesetz

Liberaler // Aufbruch

der Freiheit zusammen bestehen kann, für gesellschaftspolitische Projekte sogenannter „Träger der Zivilgesellschaft“ missbraucht. Der demokratische Staat verliert so den Anspruch, freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat zu sein. Recht und Freiheit werden kampfflos aufgegeben.

Diesen Entwicklungen muss sich eine liberale Partei in allen gesellschaftlichen Bereichen mit „Vernunft und Widerstand“ und klaren Alternativen entgegenstellen. Wir brauchen in Deutschland und Europa mehr Recht und Freiheit und mehr Entscheidungsbefugnisse für jeden von uns. Die Politik braucht nicht nur mehr Transparenz und Klarheit, sondern wirksame Grenzen. Sonst entfernen sich die politischen Funktionäre in Berlin und Brüssel noch weiter von uns, als sie es bisher schon getan haben. Selbstbestimmung ist wichtiger als Mitbestimmung - nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Wir wollen den Weg frei machen für ein Jahrhundert der Freiheit und Prosperität. Wir glauben an die schöpferische Kreativität des Individuums und seine Fähigkeit, sein Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu gestalten und für sich und seine Familie Verantwortung zu übernehmen. Indem der Bürger von der Bevormundung und Willkür der Macht befreit wird, öffnet sich der Weg zu einer starken und selbstbewussten Bürgergesellschaft, die geprägt ist vom Respekt für das Recht und die Freiheit der Mitbürger. Das ist die Grundlage für große wissenschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leistungen, die am Ende allen Menschen zu Gute kommen.

Wir brauchen deshalb mehr Mut zu Recht und Freiheit.

Unsere Antworten

- Primat von Recht und Freiheit statt Primat der Politik
- Nur der liberale Rechtsstaat kann die Freiheit des Einzelnen schützen
- Jeder Mensch hat das Recht, auf seine Weise nach Glück zu streben
- Diesem Ideal entspricht ökonomisch die Marktwirtschaft
- Eine freie Wirtschaft bringt Wachstum und Wohlstand
- Die FDP als Partei des Rechtsstaates und der Marktwirtschaft

Primat von Recht und Freiheit statt Primat der Politik

Für Liberale und überzeugte Europäer gibt es kein Primat der Politik; denn Politik und Staat haben Recht und Freiheit zu schützen und sind Recht und Freiheit untergeordnet. Für Liberale und überzeugte Europäer gibt es ein Primat von Recht und Freiheit. Recht und Freiheit müssen in allen gesellschaftlichen Teilbereichen gelten. Und das heißt, der Staat muss Rechtsstaat sein. Die Wirtschaft muss Marktwirtschaft sein. Für die Religion gilt die Religions- und Gewissensfreiheit. Deshalb muss auch Europa ein Ort des Rechts und der Freiheit

Liberaler // Aufbruch

sein und kein Ort des Primats der Politik. Die Macht der Politik in Europa muss zum Schutze der individuellen Freiheit und des Rechts begrenzt werden.

Nur der liberale Rechtsstaat kann die Freiheit des Einzelnen schützen

Individuelle Freiheit heißt, dass Menschen unabhängig von der nötigen Willkür anderer Menschen leben können. Die individuelle Freiheit für uns alle kann nur durch die Herrschaft des Gesetzes (Rule of Law) geschützt werden. Durch allgemeine und abstrakte Regeln soll sichergestellt werden, dass jeder Mensch frei leben kann.

Der Staat ist eine Vereinigung von Bürgern unter Rechtsgesetzen, durch die die gleiche Freiheit für alle hergestellt und gesichert wird. Das Recht ist mit der Befugnis zur Anwendung von Zwang verbunden, und nur der Staat hat das Recht zur Ausübung von Zwang. Aber er hat es auch nur, um eine Verfassung von der größten Freiheit zwischen Menschen zu errichten und zu sichern, nicht von der größten Glückseligkeit und Wohlfahrt.

Jeder Mensch hat das Recht, auf seine Weise nach Glück zu streben

Der Staat darf keine Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen per Gesetz – und das heißt per Zwang – durchsetzen oder fördern. Der Staat hat lediglich dafür zu sorgen, dass die Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen der Menschen nebeneinander bestehen können. Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen sind ausschließlich individuelle Lebensführungsprogramme. Kein Mensch, keine Gruppe, keine noch so demokratisch gewählte Mehrheit und auch kein Staat haben deshalb das Recht, Menschen zu zwingen, auf eine bestimmte Art und Weise glücklich zu sein. Jeder Mensch hat das Recht, auf seine Art nach Glück zu streben.

Diesem Ideal entspricht ökonomisch die Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft ist kein Dschungel, in dem der Stärkere den Schwächeren frisst. Der freie Markt ist der Ort, auf dem freie Menschen auf der Grundlage des Rechts freiwillig zum gegenseitigen Vorteil übereinkommen, miteinander zu handeln und geschäftlich zu kooperieren. Der Markt ist deshalb nichts anderes als ein Oberbegriff für die millionenfache und unter den Bedingungen der Globalisierung milliardenfache dezentrale direkte und indirekte Kooperation von einzelnen Menschen. In keinem anderen Wirtschaftssystem kann der Einzelne sich so frei entfalten wie in der Marktwirtschaft. Das Recht auf die freie Berufswahl, den eigenen Lebensstil und die freie Gestaltung des Familien- und Privatlebens, der Werteentscheidungen und Konsumgewohnheiten und des räumlichen Lebensmittelpunktes ist in einer Planwirtschaft nicht möglich. Freiheit und Wirtschaftsplanung schließen sich aus.

Eine freie Wirtschaft bringt Wachstum und Wohlstand

Armut ist nicht die Folge von Marktwirtschaft, sondern der Abwesenheit von Marktwirtschaft. Wo keine auf Rechtssicherheit und Eigentum beruhende Marktordnung herrscht, herrscht Rückständigkeit und Elend. Seit dem Ende des Feudalzeitalters und der Entstehung der modernen Marktwirtschaft in Europa haben die Menschen in den Teilen der Welt, in dem sich diese Wirtschaftsordnung durchgesetzt hat, einen zuvor nicht vorstellbaren

Liberaler // Aufbruch

Wohlstand erreicht. Gemessen an allen Indikatoren, Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, Kaufkraft, Gesundheit sind wir wohlhabender als es je Generationen zuvor gewesen sind.

Wenn es uns gelingt den oft durch die planwirtschaftliche Versuchung unterbrochenen Weg der wirtschaftlichen Freiheit fortzusetzen, können wir die großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen.

Die FDP als Partei des Rechtsstaates und der Marktwirtschaft

Der politische Auftrag, die Existenzberechtigung und die Erfolgsperspektive der FDP ergeben sich aus ihrer Position, Sachwalter, Anwalt und Vorkämpfer von individueller Freiheit, Rechtsstaat und Marktwirtschaft zu sein. Die FDP darf sich nicht von einzelnen Gruppen und Interessenvertretern instrumentalisieren lassen, sondern muss die Prinzipien von Recht und Freiheit stets höher stellen als die Belange von Einzelinteressen. Sie muss in jeder Situation glaubwürdig für die Sache der Freiheit streiten – allein so wird sie das Vertrauen und den Rückhalt in der Bevölkerung wiedergewinnen, um eine starke politische Kraft zu sein.

Ihre Aufgabe ist es, anders zu sein als andere Parteien. Ihr Platz im Parteiensystem ergibt sich aus der Notwendigkeit, sich der Aushöhlung von Bürgerrechten, Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaat entgegenzustellen und die Aufhebung von Freiheitsbeschränkungen voranzutreiben. Als Partei muss sie selbst ein Motor der Reform des politischen Systems sein im Sinne der Durchsetzung der Beschränkungen politischer Macht, der Begrenzung des Einflusses der Parteien und der Bewahrung und Wiederherstellung der Gewaltenteilung.

Für die Freie Demokratie wie für das ganze Land und für Europa gilt der Aufruf: Mehr Mut zum Liberalismus, mehr Mut zur Freiheit!

Für ein Europa des Rechts und der Freiheit

Die Herausforderung

Schon im Altertum bezeichnet der Geschichtsschreiber Strabo (63 v. Chr. bis 23 n. Chr.) in seiner 17bändigen „Geographie“ Europa als vielgestaltig. Und spätestens seit Karl dem Großen ringt Europa mit dem Ideal der Einheit in der Vielfalt. Diese Vielgestaltigkeit war die Grundlage für den einzigartigen Fortschritt in Wirtschaft, Wissenschaft, Philosophie und Technik, den Europa in den letzten Jahrhunderten erreichte. Es gilt die europäische Freiheitsidee, die dieser Vielgestaltigkeit zugrunde liegt, zu bewahren und gegen die Tendenz von Zentralismus, Machtkonzentration und Protektionismus zu sichern.

Unsere Antworten

- Die Grundsätze der europäischen Freiheitsidee
- Europa ist eine Rechtsgemeinschaft demokratischer Staaten
- Vom Binnenmarkt zum Freihandel und globaler Arbeitsteilung
- Ein zentralistisches Europa bedroht unsere Freiheit
- Der Wettbewerb in Europa muss erhalten bleiben
- Finanzsouveränität der Staaten und Gläubigerhaftung

Die Grundsätze der europäischen Freiheitsidee

Die europäische Freiheitsidee ist aus der Vielgestaltigkeit Europas entstanden. Diese Vielgestaltigkeit Europas hat fünf Pfeiler hervorgebracht, die das Europäische Haus tragen:

1. die Ablehnung der Allein- und Fremdherrschaft,
2. die Machtbegrenzung und Machtkontrolle,
3. neben der politischen Gewaltenteilung, die gesellschaftliche Gewaltenteilung zwischen Politik, Staat, Wirtschaft, Religion, Bildung usw., die man auch als gesellschaftliche Arbeitsteilung bezeichnet; die Soziologen bezeichnen dies als funktionale Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft,
4. die Idee der individuellen Freiheit und
5. die Herrschaft des Rechts.

Europa ist eine Rechtsgemeinschaft demokratischer Staaten

Europa ist eine Rechts- und keine Zwangsgemeinschaft. Die Mitgliedschaft sowohl in der Europäischen Union als auch im Euroraum ist freiwillig und muss vom Willen der Bürger in den einzelnen Staaten getragen sein. Da Europa anders als der ehemalige Ostblock keine Zwangsgemeinschaft ist, steht es jedem Land frei, diese Gemeinschaft auch wieder zu verlassen, wenn die Bürger in diesem Land es wünschen. Auf der anderen Seite gilt auch, dass die Bürger der Mitgliedsstaaten entscheiden können müssen, ob sie ein neues Mitglied aufnehmen wollen oder nicht. Mit der Aufnahme verbunden ist die Verpflichtung, die getroffenen

Verträge einzuhalten. Wenn die Verträge nicht eingehalten werden, schwindet zugleich die Grundlage, auf der die Mitgliedschaft eines Landes in der Europäischen Union oder der Eurozone beruht. In diesem Fall, ist es legitim, den vertragsbrüchigen Staat aus der Gemeinschaft auch wieder auszuschließen.

Vom Binnenmarkt zum Freihandel und globaler Arbeitsteilung

Wir begrüßen und bejahen die Entwicklung eines einheitlichen Binnenmarktes in Europa, auf dem Güter, Dienstleistungen und Kapital frei gehandelt werden können. Arbeitsteilung, grenzübergreifender Handel und Mobilität von Menschen sind die Grundlage für Wohlstand und Frieden in ganz Europa. Zugleich lehnen wir aber die Tendenz der wirtschaftlichen Abschirmung an den Außengrenzen des Binnenmarktes ab. So sehr wir jede Form des nationalen Protektionismus ablehnen, so sehr lehnen wir auch Protektionismus auf europäischer Ebene ab. Die europäische Einigung bedeutet für uns nicht die Schaffung eines geopolitischen Machtblocks und die Durchsetzung eines Primats der Politik. Aufgrund des Primats von Recht und Freiheit muss die europäische Einigung Recht und Freiheit in ganz Europa verwirklichen und zu weiteren Schritten auf dem Weg zum Ausbau der globalen Arbeitsteilung und der internationalen Handelsbeziehungen führen.

Ein zentralistisches Europa bedroht unsere Freiheit

Eine Vereinheitlichung und Zentralisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa (Wirtschaftsregierung) würde die Vorzüge des Binnenmarktes und der europäischen Integration zunichte machen. Ein zentralistisches und sozialdemokratisches Europa, in dem die Wirtschaft zentral gesteuert wird, wäre nicht nur eine Bedrohung für Wohlstand und Fortschritt, sondern noch mehr für Recht und Freiheit und die Demokratie. Auf der Ebene der EU soll nur das geklärt werden, was zur Aufrechterhaltung des Binnenmarktes unbedingt notwendig ist. Deshalb muss die Tendenz der Zentralisierung umgekehrt und die Entscheidungen von der europäischen Ebene auf die Ebene der Staaten, Länder und Kommunen zurückverlagert werden. Probleme können nur dezentral gelöst werden. Wir unterstützen deshalb den europäischen Verfassungsentwurf der European Constitutional Group.¹ Ein europäischer Super-Nanny-Staat muss verhindert werden.

Der Wettbewerb in Europa muss erhalten bleiben

Innerhalb des gemeinsamen Binnenmarktes muss ein Wettbewerb der einzelnen Gliedstaaten und der föderalen und kommunalen Einheiten dieser Gliedstaaten um die beste Lösung bestehen. Dies gilt für den Steuerwettbewerb, den Wettbewerb um die beste Rechtsordnung, Infrastruktur und Verwaltung. Dabei gilt, dass jeder Gliedstaat und jede darunter liegende politische Einheit sowohl für seine Erfolge als auch für seine Misserfolge selbst die Verantwortung trägt. Transferzahlungen zerstören den Wettbewerb, bestrafen die Tüchtigen und setzen Fehlanreize. Deshalb fordern wir die Wiederinkraftsetzung der No-Bailout-Klausel in der Eurozone und den Abbau von Subventionen in der EU.

¹ Siehe: http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-601/_nr-7442/i.html

Finanzsouveränität der Staaten und Gläubigerhaftung

Kein Staat in der Europäischen Union darf für einen anderen Staat in Haftung genommen werden. Die No-Bailout-Klausel muss wieder die Grundlage für die Finanzarchitektur Europas sein. Den Anlegern in Staatsanleihen muss deutlich gemacht werden, dass sie für ihr Risiko selbst haften und als Gläubiger direkt mit dem betreffenden Staat verhandeln müssen. Auf diese Weise kehrt das Risikobewusstsein für Staatsanleihen an die Märkte zurück. Die Höhe des Zinssatzes begrenzt damit die Möglichkeiten der Staaten sich zu verschulden. Dies begrenzt die Verschuldung wirksamer als jede Fiskalunion und jede nationale Schuldenbremse.

Reform der Geldordnung und des Finanzsystems

Die Herausforderung

Viele Bürger sind zu Recht empört über die Bürgschaften und Zahlungen an das Banken- und Finanzsystem und an bankrotte Eurostaaten wie Griechenland auf Kosten der Steuerzahler.

Unsere Antworten

- Stabiles Geld ist seit jeher eine soziale Frage
- Geld und der Austausch von Gütern und Dienstleistungen
- Teilreserveprivileg
- Das Zentralbankmonopol durch Währungswettbewerb beenden
- Währungswettbewerb als Schuldenbremse
- Verluste der Banken dürfen nicht weiter sozialisiert werden
- Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs bei Bankeninsolvenzen
- Es ist billiger die Spareinlagen zu retten als Staaten und Banken

Stabiles Geld ist seit jeher eine soziale Frage

Das 14. Jahrhundert n. Chr. war von Finanzkrisen geprägt und ist als das Zeitalter der Falschmünzerkönige bekannt geworden. Europäische Herrscher und Könige erhöhten zum Zwecke der Ausweitung ihrer Haushalte die Anzahl der Geldmünzen, indem sie den Edelmetallgehalt pro Münze senkten, ohne dieses auf der Prägung anzuzeigen. Die Geldmenge wurde so erhöht. Schlechteres Geld war die Folge. Gleichzeitig missbrauchten die Herrscher und Könige ihr Geldprägemonopol, ihre gesellschaftliche Autorität und ihre Möglichkeiten der Zwang- und Gewaltausübung, um sicherzustellen, dass dieses schlechte Geld als Zahlungsmittel akzeptiert werden musste. Auch die erste Finanz- und Wirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts ist durch schlechtes Geld verursacht worden. Die Methoden der heutigen Falschmünzerei sind jedoch um ein Vielfaches ausgefeilter als im 14. Jahrhundert. Die europäischen Herrscher und Könige des 14. Jahrhunderts mussten sich auf die Änderung des Edelmetallgehalts ihrer Geldmünzen beschränken, so dass die Geldmenge zumindest gewissen Beschränkungen unterlag. Im heutigen System des staatlichen Papiergeldmonopols kann die Zentralbank das Geld- und Kreditangebot aber sogar beliebig ausweiten.

Geld und der Austausch von Gütern und Dienstleistungen

Da Geld ein Mittel ist, um Güter und Dienstleistungen leichter austauschen zu können, verursacht eine Verschlechterung des Geldes eine Verschlechterung des Austausches von Gütern und Dienstleistungen. Falschmünzerei senkt den gesellschaftlichen Wohlstand. Sie führt, wenn sie systematisch und über ein staatliches Gewaltmonopol zentral betrieben worden ist, bei ihrer Aufdeckung oder Entdeckung zu einer Lähmung aller wirtschaftlichen Aktivitäten, die auf Arbeitsteilung und den Austausch von Gütern und Dienstleistungen an-

gewiesen sind. Die einzelnen Wirtschaftssubjekte sind bei Falschmünzerei nicht mehr in der Lage festzustellen – sie sind vollkommen verunsichert und orientierungslos –, ob sie für das schlechte Geld, das sie für die von ihnen angebotenen Güter und Dienstleistungen erhalten, auch jene Güter und Dienstleistungen in der Menge erhalten können, die sie selbst nachfragen. Durch diese Verunsicherung und Orientierungslosigkeit gerät der Strom der Güter und Leistungen ins Stocken. Niemand weiß, welchen Preis er realiter für seine Güter und Dienstleistungen erhält. Investitionen werden zurückgestellt und Aufträge storniert, weil eine Kalkulation von Aufwand und Ertrag nicht mehr oder nur unter Bedingungen größter Unsicherheit möglich ist. Das heißt Falschmünzerei zerstört das Preissystem einer Volkswirtschaft, an dem sich die Wirtschaftssubjekte normalerweise orientieren. Denn Preise werden in Geldeinheiten notiert. Das geschwundene Vertrauen in das Tauschmittel Geld und die Zerstörung des gesellschaftlichen Preissystems durch schlechtes Geld führt zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Kooperation, d.h. zu einem Rückgang der individuellen direkten und indirekten Tauschhandlungen, so dass der gesamtgesellschaftliche Wohlstand sinkt.

Zudem sind diese Formen der Geldmengenausweitung nichts anderes als Diebstahl und Umverteilung. Diejenigen, die das neue schlechte Geld zuerst besitzen, können noch zu alten Preisen kaufen, während alle anderen höhere Preise zahlen müssen. Heute profitieren Staaten und Banken auf Kosten der breiten Bevölkerung von den heutigen Formen der Falschmünzerei.

Teilreserveprivileg

Zudem führt das vom Staat an die Geschäftsbanken verliehene Teilreserveprivileg dazu, dass auch Geschäftsbanken Falschmünzerei in Form von Geld- und Kreditschöpfung betreiben dürfen und zum Zwecke der vom Staat gewollten Förderung von Konjunktur und Wachstum und Finanzierung des Staatshaushaltes auch betreiben sollen. Der Staat verletzt dadurch nicht nur fundamentale Rechtsprinzipien; der Staat hat die Geschäftsbanken durch das Teilreserveprivileg bewusst zum Komplizen gemacht. Die Kosten dieser Politik tragen alle anderen. Die wütenden Proteste der Occupy-Bewegung sind deshalb mehr als verständlich, verkennen in der Sache jedoch, dass die Ursachen der derzeitigen Probleme in markt- und rechtsstaatswidrigen Privilegien für Geschäftsbanken und im staatlichen Geldmonopol liegen.

Das Zentralbankmonopol durch Währungswettbewerb beenden

Die jüngste Weltfinanzkrise und die Überschuldungskrise von Staaten und Banken geht maßgeblich auf die Politik der Zentralbanken zurück. Deren falsche Geldpolitik fördert die Entstehung von Scheinwohlstand und Investitionsblasen, denn im heutigen System des staatlichen Papiergeldmonopols, das man auch staatliches Zwangspapiergeld nennen kann, können die Zentralbanken das Geld- und Kreditangebot beliebig ausweiten, was nichts anderes ist als Falschmünzerei. Die Alternative zum staatlichen Geldmonopol und dem staatlichen Zwangspapiergeld besteht für uns in einer marktwirtschaftlichen Geldordnung

und der Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und freiem Marktgeld. Das bedeutet: Das staatliche Geldmonopol muss fallen.

Bei Gewährung von vollständiger Produzenten- und Konsumentenfreiheit im Finanzsektor wird es den einzelnen Menschen ermöglicht, in dezentralen Entdeckungsverfahren, die sich parallel zu den staatlichen Währungen entwickeln, und aus denen Schritt für Schritt für die staatlichen Währungen Konkurrenz erwächst, zu lernen, welche Geldart je nach individueller Situation und Bedürfnis und individueller Transaktionskostenlage jeweils für sie sinnvoll ist.

Da niemand freiwillig schlechtes Geld hält, wird der sich entwickelnde Währungswettbewerb die privaten, aber auch die staatlichen Geldproduzenten dazu anhalten, besseres Geld zu produzieren. Die individuelle Nachfrage nach gutem Geld wird bei einem allumfassenden Währungswettbewerb und der Möglichkeit für alle Menschen, die Produzenten von schlechtem Geld durch Abwanderung zu bestrafen, auch dazu führen, dass sich evolutionär eine neue Geldordnung entwickelt, in der die Möglichkeiten zur Geld- und Kreditschöpfung aus dem Nichts aufgrund von Wettbewerb beschränkt sind und dadurch die Wahrscheinlichkeit von gefährlichen Investitionsblasen und Scheinwohlstand sinkt.

Währungswettbewerb als Schuldenbremse

Für sein eigenes Geld kann der Staat durch seine Zentralbank nach wie vor Zinssätze festlegen. Die evolutionäre Entstehung einer marktwirtschaftlichen Geldordnung würde es jedoch mehr und mehr erschweren, eine Niedrigzinspolitik durchzusetzen, die zwangsläufig Investitionsblasen entstehen lässt. Die privaten Emissionsbanken würden auf diese Zentralbankpolitik sofort durch höhere Zinsen, die sich auf Höhe des natürlichen Zinses einpendeln würden, reagieren und die Geldnachfrage so in ihre Privatwährungen lenken. Der Wert der staatlichen Währung würde sinken. Der Staat müsste bei gesunkener Kaufkraft seiner Währung zur Deckung seiner Ausgaben entweder die Steuern erhöhen, sparen oder neue Kredite aufnehmen. Sollten diese Kredite in der eigenen staatlichen Währung aufgenommen werden und aus purer Geldschöpfung bestehen, wird erneut die private Nachfrage nach der staatlichen Währung und somit ihr Wert sinken. Dieser Entwicklung könnte dann nur durch höhere Zinsen entgegengewirkt werden, wodurch sich die Rückzahlung dieser Kredite jedoch verteuert. Das heißt, der Staat würde durch die Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und eines allumfassenden Währungswettbewerbs gezwungen, eine nachhaltigere Haushaltspolitik zu verfolgen. Die Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und ein allumfassender Währungswettbewerb wären deshalb eine weit wirksamere Schuldenbremse als die Grundgesetzänderungen des Jahres 2009 und der neue europäische Fiskalpakt. Das heißt zusammengefasst: Wer die Stabilitätspolitik der alten Bundesbank zurück will, muss die Abschaffung des staatlichen Geldmonopols fordern.

Verluste der Banken dürfen nicht weiter sozialisiert werden

Durch den Beschluss der G 20 vom November 2008, keine systemrelevante Bank insolvent gehen zu lassen, und das falsche Handeln unserer Zentralbanken und Regierungen haben unsere überschuldeten Großbanken ein Erpressungspotential in die Hand gelegt bekommen,

das zu einen Haftungsausschluss für Banken geführt hat. Dieser Haftungsausschluss für Banken widerspricht sämtlichen marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Prinzipien. Das Erpressungspotential der Banken besteht in der Drohung, dass der gesamte Banken- und Finanzsektor und der gesamte Zahlungsverkehr zusammenbrechen würden, falls eine systemisch relevante Bank Insolvenz anmelden muss und durch diese Insolvenz ein Dominoeffekt ausgelöst wird. Dieses Erpressungspotential führte auch dazu, dass selbst das wirtschaftlich potente Irland durch die Rettung der überschuldeten irischen Banken in die Überschuldungsfalle geraten ist. Dieses Erpressungspotential wurde und wird auch ausgespielt, um einen ESM zu installieren. Die Erpressung lautet: Muss ein einzelnes Euroland ohne EFSF und später ESM umschulden, gehen nicht nur die Banken in diesem Land insolvent, sondern durch einen Dominoeffekt auch alle anderen Banken in der EU, in Europa und vermutlich auch in den USA und der gesamte Zahlungsverkehr bricht zusammen. Das Problem ist deshalb nicht die eigentliche Staateninsolvenz. Zwischen 1981 und 2003 sind über 100 Staaten zahlungsunfähig und umgeschuldet worden. Das Problem sind die Bankeninsolvenzen. Deshalb muss auch das Erpressungspotential, das von dieser Seite her ausgespielt wird, entkräftet werden. Liberale Ordnungspolitik wird in Europa sonst unmöglich.

Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs bei Bankeninsolvenzen

Erstens: Der Beschluss der G 20 vom November 2008, keine systemrelevante Bank insolvent gehen zu lassen, muss revidiert werden. Zweitens: Die Regierungen antworten auf die Erpressung der Banken, einen Insolvenzantrag bei Gericht einzureichen: Damit haben wir kein Problem! Eine Marktwirtschaft ohne Insolvenzrichter ist keine Marktwirtschaft. Für Banken gilt das gleiche Recht wie für alle anderen Unternehmen auch. Drittens: Der Staat übernimmt eine Garantie für die privaten Spareinlagen bei der insolventen Bank und für die Kredite an Unternehmen, die diese insolvente Bank vergeben hat. Insbesondere Zahlungsverpflichtungen der insolventen Bank an andere Banken, die nicht die Konten der Kunden der anderen Bank betreffen, sondern direkt an die andere Bank gehen, werden nicht vom Staat abgedeckt. Viertens: Ein Insolvenzverwalter übernimmt die Führung der insolventen Geschäftsbank und sorgt dafür, dass alle Zahlungen, für die eine staatliche Garantie vorliegt, ordnungsgemäß durchgeführt werden. Die Refinanzierung dieser Zahlungen erfolgt wie zur Zeit auch über die Zentralbank.

Der Zahlungsverkehr wird bei Beachtung dieser vier Grundelemente eines Bankenabwicklungsszenarios aufrechterhalten. Denn durch einen Insolvenzantrag einer Bank werden nicht zeitgleich die Computer in dieser Bank abgestellt und die Leute entlassen. Durch einen Insolvenzantrag einer Bank wird die rechtliche Abwicklung dieser Bank eingeleitet. Der Zahlungsverkehr bricht durch einen Insolvenzantrag einer Bank nicht zusammen, wenn man ihn nicht zusammenbrechen lässt und das Kreditwesengesetz entsprechend ändert. Selbst wenn der viel beschworene und Angst erzeugende Dominoeffekt des Falls von weiteren Banken eintreten sollte, kann der Zahlungsverkehr aufrechterhalten werden.

Es ist billiger die Spareinlagen zu retten als Staaten und Banken

Die staatliche Garantie für Spareinlagen ist nichts anderes als ein staatliches Gesetz, das festlegt, dass die Spareinlagen, die aus ungedecktem Geld bestehen, also ein Abstraktum sind, auch nach einem Insolvenzantrag einer Bank als nicht vernichtet gelten. Natürlich gehören diese nicht vernichteten Spareinlagen immer noch dem Sparer. Es hat kein Eigentümerwechsel stattgefunden. Diese Spareinlagen sind genauso Geld durch einen Rechtsakt wie der 10-Euro-Schein im Portemonnaie durch Rechtsakt Geld sind. Und deshalb gibt es auch keine staatliche Ausgabenwirksamkeit. Der Staat kauft den Sparern ihre Ersparnisse nicht ab. Und der insolventen Bank kann der Staat die Spareinlagen ohnehin nicht abkaufen, weil die Spareinlagen dem Sparer gehören und nicht der Bank. Die Pointe des Bankenabwicklungsszenarios bei Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs besteht also darin, dass der größte Nachteil des staatlichen ungedeckten Zwangspapiergeldsystems – ungedecktes Papiergeld ist Geld, weil der Staat es durch Rechtsakt zu Geld erklärt – wunderbar zur Abwicklung des überschuldeten Teilreservebankensystems genutzt werden kann.

Insgesamt lässt sich festhalten: Es ist billiger die Spareinlagen zu retten als überschuldete Staaten und Banken.

Konsolidierung und Reform der sozialen Sicherung

Die Herausforderung

Deutschland befindet sich wie die meisten anderen westlichen Staaten in einer permanenten nationalen Schuldenkrise. Keynesianismus, Wohlfahrtsstaat, Subventionen und ein Generationenvertrag, der die demografische Entwicklung ignoriert hat, haben dazu geführt, dass die Bundesrepublik implizite und explizite Staatsschulden von sieben Billionen Euro aufgehäuft hat. Denn zu den offiziellen Staatsschulden kommen die Verbindlichkeiten für Renten-, Pensionszahlungen und Bürgschaften hinzu. Diese Krise wird durch die aktuelle günstige Konjunkturlage und die Schuldenkrise anderer EU-Staaten nur kaschiert. Deshalb ist Konsolidierungspolitik nicht nur das Gebot der Stunde, sondern für die kommenden Dekaden.

Unsere Antworten

- Das Ziel sind ausgeglichene Haushalte
- Konzentration auf die Kernaufgaben
- Keine neuen Schulden für Konjunkturpolitik
- Wirtschaftliche Freiheit heißt: Keine Wirtschaftssubventionen
- Schuldenbremse in die Länderverfassungen aufnehmen
- Abschaffung des Länderfinanzausgleichs

Das Ziel sind ausgeglichene Haushalte

Ziel liberaler Finanzpolitik ist die Deckung von Einnahmen und Ausgaben, das heißt ausgeglichene Haushalte für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen. Darüber hinaus müssen Überschüsse erwirtschaftet werden, die dafür eingesetzt werden, Schulden abzubauen und Reserven für die zukünftigen demographischen Belastungen aufzubauen. Das langfristige Ziel ist es, die Staatsausgaben, die heute etwa die Hälfte des BIP umfassen, auf das Niveau von weniger als einem Viertel des BIP zurückzuführen.

Konzentration auf die Kernaufgaben

Dies kann erreicht werden, wenn die Neuverschuldung auf Null gesenkt wird und die Ausgaben nicht mit dem Wachstum der Gesamtwirtschaft angehoben werden. Dafür ist notwendig, dass der Staat sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Die Kernaufgaben des Staates sind die Garantie der äußeren und inneren Sicherheit, die Gewährleistung eines leistungsfähigen Bildungssystems – öffentlich und privat – und einer sozialen Grundversorgung, die ein sozioökonomisches Existenzminimum sicherstellt, ohne dabei die Anreize zur Eigeninitiative und Selbstverantwortung zu zerstören.

Es ist hingegen nicht die Aufgabe des Staates, alle Lebensrisiken abzusichern und einen bestimmten, einmal erreichten Lebensstandard zu garantieren, private Unternehmen oder

Institutionen zu retten, Gesellschaftspolitik und ideologische Erziehung der Bürger zu betreiben oder bestimmte Familien- und Lebensformen zu fördern oder zu benachteiligen, die Wirtschaft zu planen, Industrien zu schützen oder aufzubauen, Bürgschaften für Banken oder fremde Staaten zu übernehmen.

Keine neuen Schulden für Konjunkturpolitik

Staatliche Konjunkturpolitik ist in der Theorie widerlegt und in der Praxis gescheitert. Kostspielige Konjunkturprogramme haben wesentlich zur Misere der öffentlichen Haushalte beigetragen. Höhere Staatsschulden führen nicht zu höherem Wachstum, sondern zu Strohfeuereffekten und zur Fehlleitung von Ressourcen. Konjunkturkrisen lassen sich nur durch die Anpassung unternehmerischer Entscheidungen auf dem Markt und nicht durch staatliche Nachfragepolitik beheben.

Wirtschaftliche Freiheit heißt: Keine Wirtschaftssubventionen

Die FDP ist die Partei der wirtschaftlichen Freiheit, nicht die Partei der Interessen einzelner Branchen und Wirtschaftszweige. Wir lehnen Industriepolitik und andere Wege der Wirtschaftsplanung und Lenkung ab. Die Subventionierung eines Teiles der Volkswirtschaft auf Kosten eines anderen Teiles widerspricht den Grundsätzen der Gleichheit aller vor dem Gesetz ebenso wie der wirtschaftlichen und finanziellen Vernunft. Daher wollen wir alle direkten und indirekten Subventionen im Bundeshaushalt schrittweise abbauen. Im Gegenzug befreien wir Arbeitgeber und Arbeitnehmer von Restriktionen und bürokratischen Hürden und machen den Weg frei für freies Unternehmertum.

Schuldenbremse in die Länderverfassungen aufnehmen

Wir unterstützen die konsequente Umsetzung der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse in der Praxis. Diese sieht vor, dass Bund und Länder grundsätzlich keine neuen Schulden aufnehmen dürfen. Wir unterstützen die Bestrebungen, diesen Grundsatz in den Verfassungen aller Bundesländer zu verankern. Die konstitutionelle Garantie genügt jedoch nicht, um solide Staatsfinanzen sicher zu stellen, das zeigt die Erfahrung mit dem Maastricht-Vertrag auf europäischer Ebene.

Abschaffung des Länderfinanzausgleichs

Deshalb plädieren wir für eine umfassende Föderalismusreform, nach den Prinzipien der Subsidiarität, Eigenverantwortung, Regulierung der Verschuldung über funktionierende Kapitalmärkte und direktdemokratische Beteiligung. Keine Gebietskörperschaft der Bundesrepublik soll für die Schulden einer anderen Gebietskörperschaft aufkommen, sowenig wie ein europäischer Staat für einen anderen in der EU. Das Vertrauen der privaten Kreditgeber reguliert die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte in diesem System besser als die Schuldenbremse.

Der Länderfinanzausgleich und auch alle andere Transferzahlungen zwischen den Gebietskörperschaften sollen abgeschafft werden. Im Gegenzug erhalten Bund, Länder und Gemeinden Finanz- und Steuerautonomie. Jede Gebietskörperschaft soll über eigene Finanzie-

Liberaler // Aufbruch

rungsmittel verfügen, über die sie unabhängig von der Zustimmung anderer Gebietskörperschaften verfügen kann und über deren Höhe und Verwendung wir auf dem Weg direkter Demokratie mitentscheiden können.

Direkte Demokratie und Subsidiarität

Die Herausforderung

Die Exekutive zieht immer mehr Macht an sich, was das liberale Prinzip der Gewaltenteilung ausgehöhlt hat. Ein Großteil der Entscheidungen wird inzwischen in Brüssel getroffen und Gesetze von Ministerialbürokratien vorgelegt, so dass der Bundestag seinen Auftrag als Gesetzgeber und Kontrolleur immer schwerer erfüllen kann. Hinzu kommt, dass durch Fraktionszwang, intransparente Entscheidungsprozesse und einen Mangel an parteiinterner Demokratie wir Bürger auf dem Weg über Parlamentswahlen immer weniger effektives Mitspracherecht besitzen. Die Verkrustungen des politischen Systems müssen durch zusätzliche Mitentscheidungsmöglichkeiten der Bürger aufgebrochen werden.

Unsere Antworten

- Politische Macht durch direkte Demokratie begrenzen
- Obligatorische Verfassungsreferenden
- Bürgerantrag und fakultatives Referendum
- Bürgerentscheide über Finanzfragen auf Landes- und kommunaler Ebene
- Mehr parteiinterne Demokratie durch Mitgliedsentscheide

Politische Macht durch direkte Demokratie begrenzen

In einer Phase, in der die Trennung der Gewalten immer mehr erodiert, in der die Tendenz besteht, die Kompetenzen der Parlamente einzuschränken, die Exekutive immer mehr Kompetenzen an sich zieht und Macht in den Händen weniger konzentriert wird, ist die direkte Demokratie eine Möglichkeit, ein politisches Gegengewicht zu schaffen: Direktdemokratische Elemente sind eine zusätzliche Instanz zur Kontrolle und Begrenzung politischer Macht.

Obligatorische Verfassungsreferenden

In Deutschland hat es weder über die Entscheidung zur Einführung des Euro noch über andere zentrale Entscheidungen der Übertragung von Kompetenzen an die Europäische Union eine direkte Beteiligung der Bevölkerung gegeben. Wir fordern deshalb die Einführung des obligatorischen Verfassungsreferendums. Verfassungsänderungen und Entscheidungen, die verfassungsändernde Wirkungen besitzen, wie die Abtretung von Souveränitätsrechten in der EU und die Aufnahme neuer Beitrittskandidaten, müssen dem Bürger zur Abstimmung vorgelegt werden.

Bürgerantrag und fakultatives Referendum

Das Petitionsrecht soll zum Bürgerantrag erweitert werden. Das heißt, dass ab einer bestimmten Zahl von Unterschriften für ein politisches Anliegen die Initiatoren das Recht erhalten, ihr Anliegen im Bundestag vorzutragen. Um zu verhindern, dass in der Zukunft Gesetze aus den Ministerien und aus der EU vom Parlament einfach durchgewunken werden,

soll die Möglichkeit des fakultativen Referendums geschaffen werden. Das heißt, ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz kann aufgehoben werden, wenn eine genügend große Anzahl von Bürgern sich für ein Referendum ausspricht und eine Mehrheit der Bürger eines festzusetzenden Quorums dagegen stimmt. Wenn dadurch Kosten für den Bundeshaushalt entstehen, müssen mit der Abstimmung zugleich alternative Sparbeschlüsse verabschiedet werden.

Bürgerentscheide über Finanzfragen auf Landes- und kommunaler Ebene

Durch die Umsetzung einer konsequenten Föderalismusreform soll die institutionelle Kongruenz als Grundlage für mehr direkte Demokratie sichergestellt werden. Unter institutioneller Kongruenz versteht man in der Finanzwissenschaft, dass die Gruppen, die über eine Maßnahme entscheiden, diese finanzieren und von dieser profitieren, nach Möglichkeit identisch sein sollen.

Auf diese Weise wird für den einzelnen Stimmberechtigten eine vernünftige Güterabwägung von Kosten und Nutzen einer Entscheidung möglich. Vorteilnahme auf Kosten Dritter wird vermieden oder doch wenigstens erheblich erschwert. Unter diesen Bedingungen können Bürger in den Ländern und Gemeinden direkt demokratisch auch in Finanzfragen mitentscheiden, welches Verhältnis von Leistungen und Abgaben sie wollen, so wie das in der Schweiz und vielen US-Bundesstaaten der Fall ist.

Mehr parteiinterne Demokratie durch Mitgliedsentscheide

Die FDP bietet schon heute ihren Mitgliedern die Möglichkeit, über bestimmte politische Themen abzustimmen und damit die Richtung der Partei mit zu bestimmen. Um die parteiinterne Demokratie in der Bundesrepublik auszubauen, fordern wir, dass die Möglichkeit von Mitgliederentscheiden obligatorisch für alle Parteien im Parteienrecht festgeschrieben werden.

Gesundheitspolitik

Die Herausforderung

Die Gesundheitspolitik in Deutschland bedarf einer grundlegenden Neuausrichtung. Alle bisherigen Reformversuche haben lediglich ein System fortentwickelt, das augenscheinlich nicht zum Wohle der Bürger funktioniert. Dieses System ist der demografischen Entwicklung und beschleunigten Alterung unserer Gesellschaft nicht gewachsen. Das gesetzliche Krankenversicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland ist weit davon entfernt, dem Einzelnen Respekt vor seinem Körper, seiner Gesundheit und seinem Willen zu erweisen.

Durch konsequente Umsetzung liberaler Prämissen kann ein Gesundheitswesen gestaltet werden, das die Würde des einzelnen achtet und schützt, das hohe medizinische Standards sicherstellt, das einen effizienten Einsatz von Ressourcen erreicht, das Schwachen dient und das das verlorene Vertrauen der Bürger zurückgewinnt.

Unsere Antworten

- Das Selbstbestimmungsrecht des Patienten stärken
- Gesundheitsfonds abschaffen
- Ärztliche Praxis statt anonyme Verwaltungsstrukturen
- Haftung der Verwaltung ebenso wie der Ärzte
- Selbstversicherung und Hilfe bei Bedürftigkeit
- Transparenz von Preisen und Entlohnung im Gesundheitswesen

Das Selbstbestimmungsrecht des Patienten stärken

Das System hat sich bis heute nicht aus den Fesseln des Paternalismus in seiner Ursprünge in der wilhelminischen Zeit befreien können. Bis in die Gegenwart ordnet das Sozialgesetzbuch an: Die Verantwortung für die Gesundheit jedes einzelnen trägt nicht primär er selbst, sondern die behördlichen Instanzen der Versicherung (so wörtlich: § 1 Abs. 1 SGB V).

Art und Ausmaß einer medizinischen Behandlung werden nicht primär vom Patienten bestimmt, sondern ebenfalls von diesen äußerst vielschichtigen Instanzen der Versicherung. Zuletzt bestimmt auch nicht der versicherte Patient den Umfang seiner finanziellen Beteiligung am System, sondern die hierfür eigens geschaffenen, feingliedrigen Instanzen des Versicherungssystems. Ziel liberaler Gesundheitspolitik muss es sein, die überalterten Strukturen der Bevormundung aus den noch vormodern geprägten Anfängen des Systems zu beseitigen und ein modernes Gesundheitswesen für das 21. Jahrhundert zu schaffen.

Gesundheitsfonds abschaffen

Liberaler // Aufbruch

Das staatliche Gesundheitssystem gibt die verfügbaren Ressourcen für ineffektive und intransparente Verwaltung aus, statt die Mittel gezielt medizinischen Zwecken zuzuführen. Verwaltung kann nur effizient sein, wenn sie schlank ist. Schlanke Verwaltung erfordert dezentrale Strukturen. Dezentrale Strukturen bedürfen dezentraler Entscheidungsbefugnisse. Dezentralisierung in diesem Sinne braucht Vertrauen in kleine Einheiten, organisatorisch und ökonomisch abgesichert durch dezentrale Budgetverantwortlichkeiten.

Globaläquivalenz zwischen allen Einnahmen und Ausgaben unter der Kontrolle eines einheitlichen Gesundheitsfonds für Millionen von Versicherten kann nicht gelingen. Ein überverwaltetes und unübersichtliches Gesundheitssystem, in dem es lukrativer ist, Funktionär zu sein, als Arzt, ist kein gutes System. Jeder Bürger hat das Recht auf Gesundheitsvorsorge in Strukturen, die er selbst überblicken und effektiv demokratisch beeinflussen kann. Deshalb wollen wir den Gesundheitsfonds abschaffen und durch den Wettbewerb dezentraler Einheiten ersetzen.

Ärztliche Praxis statt anonyme Verwaltungsstrukturen

Es passt nicht mehr in unsere Zeit, wenn erkrankte Verbraucher Quartal für Quartal andere Medikamente einnehmen müssen, nur weil Spitzenbehörden wieder neue Rabattverträge ausgehandelt haben. Kassenpatienten dürfen nicht länger Bittsteller bleiben, die von Entscheidungen eines Medizinischen Dienstes abhängen, gegen dessen Einschätzungen sie sich nicht wehren können. Wo nichtärztliche Sachbearbeiter von Krankenkassen Diagnosen von Ärzten anzweifeln dürfen, die ihrerseits in der permanenten Furcht vor existenzvernichtenden Honorarregressen leben, da sehen wir kein funktionsfähiges System.

Haftung der Verwaltung ebenso wie der Ärzte

Leben und Gesundheit sind zugleich die elementarsten und höchsten Güter eines jeden Menschen. Wem die Aufgabe zufällt, über Leben und Gesundheit eines anderen Menschen (mit)entscheiden zu können, der muss dem anderen für die Ernsthaftigkeit seines Bemühens selbst und persönlich einstehen. Jeder Verwaltungsmitarbeiter muss daher einem jeden Patienten gegenüber für seine Entscheidungen im Allgemeinen wie im Besonderen nach denselben Maßstäben haften, wie auch der Arzt, der den Patienten tatsächlich behandelt.

Selbstversicherung und Hilfe bei Bedürftigkeit

Das Prinzip, nach dem Maß der Einkommensfähigkeit Einzahlungen leisten zu müssen und nach dem Maß der gesundheitlichen Bedürfnisse medizinische Leistungen empfangen zu dürfen, widerspricht nicht nur elementaren Grundsätzen der Versicherungsmathematik. Es hat mit dieser Struktur vielmehr auch ein Überbleibsel marxistischer Umverteilungspolitik konserviert. Ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Gesundheitssystem braucht – nicht zuletzt im Hinblick auf die anstehenden demografischen Herausforderungen – massiv andere Spielregeln. Jeder Bürger hat das Recht, sich dort zu versichern, wo er es für richtig hält.

Wer ohne Schuld nicht selbst in der Lage ist, diejenigen Beiträge aufzubringen, die für einen allgemein gesellschaftlich anerkannten Versicherungsschutz im Gesundheitswesen erforder-

lich sind, der hat für die Dauer seiner Hilfsbedürftigkeit Anspruch auf Unterstützung durch die Staatskasse. Der Fiskus übernimmt kraft seiner Einzelfallkenntnis und seiner Zahlungsfähigkeit die Beitragszahlung für den Hilfsbedürftigen unmittelbar an die von ihm ausgewählte, zugelassene Versicherung.

Transparenz von Preisen und Entlohnung im Gesundheitswesen

Ärztliche und pflegerische Zuwendung sind besonders intensive Ausprägungen des menschlichen Miteinanders. Solches Miteinander erfordert wechselseitiges Vertrauen. Dieses Vertrauen wird weniger dadurch gestört, dass die Beteiligten Art und Umfang von Leistung und Gegenleistung miteinander erörtern, als vielmehr dadurch, dass Argwohn über intransparente Verwaltungshintergründe eines bestimmten Tuns geweckt wird. Das Aussprechen von Preisen in Arztpraxen dient der Offenheit des Kontaktes, der Ehrlichkeit des Miteinanders und – nicht zuletzt – der ökonomisch wünschenswerten Vergleichbarkeit von medizinischen Leistungen, insbesondere auch für den medizinischen Laien.

Umwelt-, Energie- und Klimapolitik

Die Herausforderung

Dass Umweltzerstörung verhindert und die Folgen klimatischer Veränderungen effektiv bewältigt werden müssen, ist unbestritten. Auf der anderen Seite wurden die Grundannahmen der Klimapolitik inzwischen den Rang eines Dogmas erhoben und haben zum Aufbau eines ökologisch-industriellen Komplexes geführt, der gigantische Ressourcen verbraucht, den wirtschaftlichen Wohlstand bedroht, die Freiheit des Einzelnen und die demokratischen Prozesse in Frage stellt. Da die Energieversorgung von existenzieller Bedeutung ist, stellt die Ideologisierung eben dieses Politikfeldes eine existenzielle Bedrohung für das ökonomische und soziale Fundament einer Gesellschaft dar. Darum wollen wir die Klimadiskussion versachlichen und die Energiepolitik wieder auf eine solide Basis stellen.

Unsere Antworten

- Notwendig ist die klare Zuordnung von Eigentums- und Verfügungsrechten
- Klimaforschung muss ergebnisoffen betrieben werden
- Globale Lösungsansätze und nationale Alleingänge sind zum Scheitern verurteilt
- Regionale Anpassung statt globaler Klimaplanung
- Energiepolitik darf nicht als Symbolpolitik betrieben werden
- Liberale Energiepolitik ist keine Subventionspolitik

Notwendig ist die klare Zuordnung von Eigentums- und Verfügungsrechten

Funktionierende Märkte erfordern die rechtsverbindliche Zuordnung und den Schutz von Eigentums- und Verfügungsrechten. Kommt der Staat dieser Aufgabe nach, dann arbeiten Märkte auch für den Umweltschutz. Erst die individuelle Zuordnung von Rechten an der Nutzung von Umweltressourcen und die Möglichkeit diese auf Märkten zu handeln gibt den Menschen einen Grund, nicht nur die eigene Wertschätzung für die Umwelt, sondern auch die Interessen ihrer Mitmenschen zu berücksichtigen.

Klimaforschung muss ergebnisoffen betrieben werden

Der Klimawandel gehört zur Erdgeschichte. Seit es den Menschen gibt, musste er sich auf veränderte Umweltbedingungen einstellen. Diskutiert wird in der Wissenschaft nicht, ob es einen Klimawandel gibt, sondern welche Faktoren das Klima auf welche Weise beeinflussen. Die vorherrschende, aber durchaus kritisch diskutierte Hypothese ist die des vom Menschen verursachten Treibhauseffekts. Wie jede wissenschaftliche Hypothese gehört es selbstverständlich zum Gang der Forschung, dass auch dieses Modell stets aufs Neue untersucht und auch an ihrer Falsifizierung gearbeitet wird. Theorien dürfen nicht in den Rang einer Doktrin erhoben werden.

Deshalb ist die Entpolitisierung der Klimaforschung ein zentrales Ziel der liberalen Forschungspolitik. Weder die Grundlagenforschung noch die anwendungsbezogene Forschung dürfen sich politischen Zielvorgaben unterordnen. Die Politik muss sich auf der anderen Seite bewusst sein, dass die ihr von der Forschung zur Verfügung gestellten Daten immer nur einen vorübergehenden Charakter haben und von anderen Ergebnissen abgelöst werden können

Globale Lösungsansätze und nationale Alleingänge sind zum Scheitern verurteilt

Die globale Dimension der Klimapolitik ist problematisch, weil Kosten und Nutzen des Klimaschutzes international so ungleich verteilt sind, dass nur wenige Länder von sich aus ein Interesse an einer für alle Parteien verbindlichen Lösung haben. Isolierte Strategien, wie die Klimapolitik der EU können nicht zum Ziel führen. Sie sind ein ausgesprochen teures Unterfangen mit spürbaren Lasten für Bürger und Unternehmen. Gleichzeitig zeigen sie aber nur geringe Klimaschutzwirkungen. Außerdem beeinträchtigt die einseitige Kostenbelastung die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik in Europa, was nicht ohne Folgen für die globale Wirtschaftsentwicklung bleibt.

Regionale Anpassung statt globaler Klimaplanung

Wir setzen auf Maßnahmen, die den Menschen möglichst große Anpassungsspielräume an Veränderungen des Klimas ermöglichen. Unter den meisten der mutmaßlichen Folgen des Klimawandels, wie Trockenheit, Krankheiten und Unwetterkatastrophen, leiden die Menschen armer Länder mangels wirtschaftlicher Entwicklung schon heute. Für sie ist eine Politik, die Produktivität und wirtschaftliche Entwicklung fördert, für eine bessere gesundheitliche Versorgung sorgt und den Zugang zu Grundnahrungsmitteln und sauberem Wasser gewährleistet, die beste Klimaschutzpolitik. Denn sie ist wirksamer als alle indirekt wirkenden und bezüglich ihrer Effektivität mit großen Unsicherheiten behafteten Maßnahmen zur Vermeidung von Klimagasemissionen.

Energiepolitik darf nicht als Symbolpolitik betrieben werden

Dass eine westliche Industrienation gleichzeitig aus der Kernkraft aussteigt, die fossilen Energieträger reduziert und seinen Energiebedarf nur noch oder in der Hauptsache aus erneuerbaren Energieträgern speisen kann und das in einer kurzen Frist umsetzt, ist eine politische Illusion. Steigende Energiepreisen belasten die Verbraucher und die Unternehmen und gefährden damit den wirtschaftlichen Fortschritt, der zur Bewältigung der weltweiten Herausforderung von Armut und Umweltproblemen so dringend notwendig ist. Klimapolitische Maßnahmen müssen nach ihrer realen Wirkung und nicht nach ihrem Symbolgehalt beurteilt werden.

Liberaler Energiepolitik ist keine Subventionspolitik

Liberaler Energiepolitik setzt auf den Wettbewerb verschiedener Energieträger. Subventionen für einzelne Branchen, wie in der Vergangenheit für den Kohleabbau und die Kernkraft und in der Gegenwart für Wind- und Solarenergie, lehnen wir ab. Kernkraft als Energiequelle ist legitim, soweit die Energieversorger selbst die Folgekosten für Endlagerung, Entsorgung und

Liberaler // Aufbruch

Risikoabsicherung übernehmen. Über die Anteile der Unternehmen und Energieträger an der nationalen Energieversorgung muss der Wettbewerb entscheiden. Nationale Energiepolitik bedeutet daher im Wesentlichen, einen ordnungspolitischen Rahmen zu schaffen, in dem sich dieser Wettbewerb sowohl einheimischer als auch ausländischer Energieproduzenten entfalten kann.

Informationsgesellschaft

Die Herausforderung

Wir leben in einer modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft, in der Massenmedien eine überragende Bedeutung besitzen. Nach wie vor dominiert der Staat auf verschiedenen Wegen den Prozess der Meinungsbildung, etwa durch den Einfluss der Parteien in den öffentlich-rechtlichen Medien. Das Internet spielt eine überragende Rolle dabei, überkommene Meinungsmonopole aufzubrechen und die Meinungs- und Informationsfreiheit zu fördern. In der Politik gibt es jedoch starke Tendenzen zum Kontroll- und Überwachungsstaat, die die freie Entfaltung von Informations- und Meinungs austausch im Netz in Frage stellen. Daher brauchen wir Schutz vor staatlicher Kontrolle und Überwachung und die Sicherstellung der Meinungs- und Informationsfreiheit.

Unsere Antworten

- Das vorhandene Recht auf das Internet anwenden
- Keine Ausweitung der Kontrolle über das Internet
- Die Machtfülle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks begrenzen
- Weg frei für freie Autoren und Produzenten

Das vorhandene Recht auf das Internet anwenden

Der freie Austausch von Meinungen und Informationen ist das Lebenselixier der Demokratie, und das Internet beflügelt dies in einer Weise, die noch vor wenigen Jahren undenkbar war. Natürlich hat dieses neue Medium auch Probleme mit sich gebracht. Immer mehr zeigt sich aber: Mit dem vorhandenen Recht lassen sich diese Probleme nach Anfangsschwierigkeiten sehr gut bewältigen. Eine Beleidigung ist eine Beleidigung, ein Urheberrechtsverstoß ist ein Urheberrechtsverstoß – egal, ob die Tat im Netz oder der realen Welt begangen wird.

Keine Ausweitung der Kontrolle über das Internet

Von der Tendenz zur Ausweitung der Überwachung und Kontrolle im Netz geht eine erhebliche Gefahr für die Meinungs- und Informationsfreiheit aus. Schon der Verdacht, unsere Kommunikation könnte verfolgt oder unsere Daten gespeichert werden, nimmt uns die Unbefangenheit, zu sagen und zu schreiben, was wir denken. Deshalb sind wir entschieden gegen die Ausweitung polizeilicher und justizieller Befugnisse im Netz.

Die Machtfülle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks begrenzen

Viel besorgniserregender ist die Symbiose, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit der Politik eingegangen ist. Beide sind voneinander abhängig, was beiden nicht gut tut. Die Zeche zahlen wir, indem wir mit unseren Gebühren Programme bezahlen, die wir nicht beeinflussen können; Programme, die das, was Gebühren rechtfertigt, nämlich Qualität, auf Sendeplätze nach Mitternacht verbannt und zugleich Millionen und Abermillionen im Musikantenstadl verbrennt.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde in den 50er Jahren in einer Sondersituation geschaffen. Damals waren die Produktionskosten so hoch, dass Rundfunk eine Sache von ein oder zwei Konzernen gewesen wäre, hätte man ihn nicht öffentlich-rechtlich organisiert. Heute, 60 Jahre später, ist diese Sondersituation Vergangenheit.

Deshalb fordern wir die Teilprivatisierung des wegen seiner Machtfülle reformresistenten öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der über sieben Milliarden Euro jährlich verschlingt. Ein erster Schritt wäre die Privatisierung des ZDF oder des Ersten Deutschen Fernsehens, verbunden mit einer schrittweisen Senkung der Gebühren.

Weg frei für freie Autoren und Produzenten

Ebenso fordern wir, die Filmförderung jährlich um 10 Prozent zu kürzen. Deutsche Filme werden bis auf wenige Ausnahmen schon vom Drehbuchautor so konzipiert, dass die verschiedenen Fördertöpfe angezapft werden können, die oft inhaltlich-politisch ausgerichtet sind. Nicht selten werden Produktionsstandorte von einem ins andere Bundesland verlegt, weil dort noch ein paar Zehntausend Euro Zuschuss zu holen sind.

Freie Autoren und Produzenten kommen gegen diesen Subventionswahnsinn nicht an. Kulturförderung vernichtet eine freie Kultur. „Der deutsche Film gehört endlich befreit aus den Gefängnissen der Filmförderungsanstalten“, schreibt der Filmemacher Klaus Lemke in seinem Hamburger Manifest. Wir brauchen keine Filmförderungsanstalt, um die „Qualität des deutschen Films auf breiter Grundlage zu steigern“ (§ 2 Filmförderungsgesetz), sondern mutige und risikobereite Filmemacher.

Diese und ähnliche Maßnahmen werden dafür sorgen, dass künftig wir entscheiden, wie wir kommunizieren, was wir konsumieren, welche Nachrichten wir sehen – und nicht nach Parteiproporz besetzte Gremien, in denen sich Rundfunkräte als Vormund des Publikums aufspielen oder Verwaltungsräte in der Filmförderung, die von dort aus Steuergelder in die eigene Tasche lenken.